

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1927

9 (12.1.1927)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Rufstunde“ und „Volk und Zeit“ (mit Bildern)

Abonnementspreis: halbjährlich 1.15 M. mit 1 M. ohne Zustellung. Einzelpreis 10 P. Sonntags 15 P. — Anzeigen: die einsp. Kolonnenzeile 28 P. Restliche 1 M. Annahmestunde 8 Uhr vorm. Postfach. Karlsruhe 2650. Ausgabe: Dienstag mittags. Geschäftsstelle: Schriftleitung: Georg Schöfelin; für die Redaktion verantwortlich: Hermann Kadel; für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Druck und Verlag: der Verlagsdruckerei Volksfreund G. m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

An der Arbeit für den Bürgerblock

Curtius verhandelt — Die undurchsichtige Rolle Stresemanns

Berlin, 11. Jan. (Ein. Draht.) Am 11. wird gemeldet: Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius besprach am Dienstag die politische Lage und seine Pläne zur Regierungsbildung mit den Vertretern der Sozialistischen Partei, der Wirtschaftlichen Vereinigung, der Deutschen Nationalen Partei und dem Zentrum, und unterrichtete am Nachmittag den Abgeordneten Müller-Franken als Vertreter der sozialdemokratischen Partei. Die Besprechungen trugen durchaus vorbereitenden Charakter.

Aus dieser Meldung ist loblich zu ersehen, daß sich der mit der Regierungsbildung beauftragte bisherige Reichswirtschaftsminister trotz aller Zweifel im Lager der bürgerlichen Parteien bemüht, ein Kabinett auf die Beine zu bringen. Im Einzelnen verläutet darüber hinaus, daß die Vertreter der Wirtschaftspartei die aktive Beteiligung an einer Regierung des Reichsbürgerblocks gefordert haben, während Graf Westarp bestimmte Wünsche seiner Fraktion angeht, noch nicht geäußert hat, und eine abwartende Haltung eingenommen haben soll. Anders sein Organ, die „Kreuzzeitung“. Sie desanonierte Herrn Curtius schon zu Beginn seines Geschäftes und läßt gegenüber seinen programmatischen Erklärungen über das Ziel der künftigen Regierung verlaublich:

„Ganz so wie bisher dürfte die eventuelle Regierung Curtius denn doch nicht arbeiten dürfen.“

Diese Offenheit berührt immerhin angenehmer, als die Gehe, mit der Curtius sein wirkliches Ziel zu verschleiern sucht. Es ist im übrigen bemerkenswert, daß es Dr. Curtius mit seinem Auftrag zur Regierungsbildung eilig gehabt hat, eilig er als der Reichspräsident. Denn die „Germania“ weiß in ihrer getriggen Abendausgabe mitzuteilen, daß v. Hindenburg seinem Vertrauensmann selbst die Entscheidung überlassen hat, ob er den Auftrag bereits am Montag oder erst am Dienstag nach der Sitzung des Vorstandes der Zentrumstraktion zu übernehmen gedenke. Curtius entschied sich für Montag, ob auf eigenen Entschluß, oder unter dem Druck seiner Fraktion beim des Bürgerblockpropheten Westarp bleibt vorläufig dahingestellt. Jedenfalls hat seine Handlungsweise im Zentrum ebenso verstimmt, wie die Rolle des Reichsaussenministers, An den letzteren richtet die „Germania“ im Zusammenhang mit den Feststellungen über Dr. Curtius am Dienstagabend noch folgende Fragen:

„Eine undurchsichtige Rolle spielt in dem ganzen Spiel Herr Gustav Stresemann. Ist er nicht der Führer und der prädestinierte neue Reichsaußenminister? Ist nicht die Rheinlandräumung sein nächstes Ziel? Wacht er im Ernst die Rheinlandräumung am besten mit den Sozialdemokraten zu erreichen? Man will uns weismachen, daß er seine eigene Partei in der Frage der Regierungsbildung nicht hinter sich habe. Wobnen zwei Seelen in seiner Brust, oder hofft er gar am Ende, daß andere ihm das Diktum für das Scheitern von ihm selbst gelobten Reichstagswählern abnehmen werden?“

Wir glauben annehmen zu dürfen, daß es sich hier um Fragen handelt, die im Einverständnis mit den maßgebenden Führern des Zentrums an Herrn Dr. Stresemann gerichtet wurden. Ob er antworten wird? Ungeschlossen ist es nicht, daß der Außenminister den offensiven Kampf um die Fortführung jener Politik, für die er den Nobelpreis einsteckte, den republikanischen Parteien überläßt. Ein solcher Außenminister müßte auf die Dauer für das Inland wie für das Ausland unmöglich sein.

Curtius und die Gewerkschaften

Berlin, 11. Jan. (Ein. Draht.) Der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius hat die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften für Mittwoch 12 Uhr zu einer Vorbesprechung über ein Regierungsprogramm eingeladen. Was ist diese Einladung anders, als eine schöne, aber faule Geisel? Curtius ist seit Monaten Reichsminister, und er mißt auch über die Forderungen der Gewerkschaften auf das Beste unterrichtet sein. Warum also erst große Verhandlungen, wenn er zu Fakten entschlossen ist. Er muß wissen, daß die Pläne der gefamten deutschen Arbeiter-Schaft lauter, zur Beseitigung des Heberkandens weisend! Er muß wissen, daß die Arbeiter in der Arbeitslosenversicherungsforderung die Schaffung eines Arbeitslosenversicherungsfonds auf Unterzeichnung, auf ausreichende Unterzeichnung fordern, und endlich die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens für notwendig halten. Diese Wünsche werden ergänzt durch Forderungen auf sozial-politischem Gebiet. Alles Fragen, deren deren Erfüllung sich bisher sowohl Herr Dr. Curtius als die von ihm vertretene Partei wandte. Er und seine Partei haben sich in der Vergangenheit immer mit Händen und Füßen gegen jede Verbesserung auf sozial-politischem Gebiet gewandt, und was der Reichstag an Verbesserungen beschloß, mußte der Volkspartei unter bitteren Kämpfen abge-

runen werden. Nicht schöne Gesen, sondern nur der erste Wille zu einer archaischen modernen Sozialpolitik kann auf die Gewerkschaften Eindruck machen. Die Vergangenheit des Herrn Curtius aber bürgt dafür, daß er diesen Willen nicht heßt. Sein Ziel kann deshalb nur dahin gehen, die Gewerkschaften als Kuffe für sein Bürgerblockgeschäft zu benützen und damit wird er bei Vertretern von Millionen deutscher Arbeiter kein Glück haben.

Die Bereitwilligkeit der Deutschnationalen

Berlin, 11. Jan. Bei der Unterredung, die Dr. Curtius mit dem Grafen Westarp hatte, brachte der deutschnationale Parteiführer zum Ausdruck, daß seine Partei durchaus bereit sei, sich an einer Koalition aller bürgerlichen Parteien zu beteiligen. Er betonte besonders noch den Wunsch nach einer Zusammenarbeit mit dem Zentrum.

Ein Beschluß des Fraktionsvorstandes des Zentrums

Berlin, 11. Jan. Der Vorstand der Zentrumstraktion des Reichstages hielt am Dienstagabend eine 3/4stündige Sitzung ab, an der auch Reichsanwält Dr. Marx teilnahm. Ueber das Ergebnis wurde in der sechsten Stunde folgende Mitteilung ausgegeben: Der Vorstand der Zentrumstraktion ist sich darüber einig, daß der vorgeschlagenen Kabinettsbildung keine Erwägung auszusprechen und innenpolitische Bedenken entgegenzusetzen. Einen Beschluß zu fassen war der Vorstand nicht in der Lage, bevor er die Fraktion gehört hat.

Der Beschluß des Vorstandes der Zentrumstraktion findet in parlamentarischen Kreisen größte Beachtung. Man beurteilt ihn allgemein dahin, daß dadurch eine Festlegung nach irgendeiner Seite hin nicht erfolgt ist, daß vielmehr die Unterredung innen- und außenpolitischen Bedenken nur der bisherigen Haltung der Parteipresse entspricht und dabei alle Möglichen

keiten offengehalten werden. In parlamentarischen Kreisen glaubt man, Grund zu der Annahme zu haben, daß das Zentrum am morgigen Mittwoch vor seiner entscheidenden Sitzung Besprechungen mit den Sozialdemokraten und mit den Deutschnationalen herbeiführen wird, um festzustellen, ob und inwieweit eine Annäherung zwischen dem Zentrum und einer der beiden Flügelparteien möglich ist. Die „Tägliche Rundschau“ behauptet in ihrer heutigen Morgenausgabe am Schluß einer Betrachtung über „die Regierungsverhandlungen“, daß die für den Reichsbürgerblock in Frage kommenden Parteien, sich bereits „einander nähergelommen sind“ und ein Ausgleich über die noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten in „gemeinschaftlicher Aussprache“ zwischen dem Zentrum und den Deutschnationalen in Gegenwart des Reichswirtschaftsministers überwunden werden sollen.

Die „Germania“ fährt fort, die Kandidatur Curtius nach wie vor ungünstig zu beurteilen. Das Blatt spricht z. B. davon, daß die innen- und außenpolitischen Bedenken gegen eine Lösung der Kabinettskrise im Sinne von Dr. Curtius dem Zentrum „angeichts des Verhaltens der Deutschnationalen Volkspartei in den letzten Monaten geradezu unüberwindbar scheinen“. Im Uebrigen ist die „Germania“ der Auffassung, daß es bei allseitiger vernünftiger Behandlung auch noch andere Möglichkeiten zur Lösung der Kabinettskrise gibt. Die Auffassung des Zentrums gehe nach wie vor dahin, daß die Lösung der Schwierigkeiten, in denen wir uns jetzt befinden, am besten durch ein Zusammenarbeiten der Parteien von der Deutschen Volkspartei bis zu den Sozialdemokraten erreicht werden würde. Bemerkenswert ist, daß in parlamentarischen Kreisen bereits davon gesprochen wird, den Reichstag nicht später als am 19. Januar zusammenzubekommen. Der Reichstag würde dann ziemlich den ganzen Monat Januar hindurch untätig sein müssen. Wie er dann noch die Staatsberatungen rechtzeitig erledigen soll, abgesehen von allen anderen Verpflichtungen, ist ganz rätselhaft.

Riesenblamage deutscher monarchistischer Lakaien

Die Sicherheitspolizei als Garde für den Prinzen — Monarchistische Frengelöbisse von Offizieren und Beamten — Proßt auf Domela als zukünftigen Monarchen

Köln, 11. Jan. Im Verlauf einer neuen Bernehmung durch die politische Polizei erzählte der falsche Hohenzollernprinz Domela weitere interessante laum glaubliche Einzelheiten über sein Prinzensspiel in Thüringen. Man hat nicht nur darnach Theateraufführungen und weitere rauschende Feste zu seinen Ehren veranstaltet, sondern sei auch sehr um seine persönliche Sicherheit bemüht gewesen. Die Komodie habe ihren Höhepunkt erreicht, als die Kriminalpolizei von Gotha ihm auf seinen Ausfahrten stets mehrere Kriminalbeamte zur Verfügung stellte, damit er nicht beobachtet werde. Die Beamten hatten das Auto „Seine Königlich hohen“ auf Motorrädern zu besetzen, wobei sie mit großer Umsicht und Gewissenhaftigkeit für das Wohlergehen des „Prinzen“ besorgt gewesen seien. Schließlich, plauderte Domela aus, hätten die Reichswehroffiziere und höhere Beamte auch mit ihm politisiert, ihm tiefergehende Ansichten über die Staatsform Deutschlands geäußert, und immer versichert, sie hielten voller Ergebenheit und Treue zum „angetrauten Herrscherhaus“. In den Tagen Domelas entdeckten sie immer wieder eine starke Neugierigkeit mit dem großen Hohenzollern Friedrich II. Aus seinem, Domelas Auge, so wurde ihm versichert, leuchte der „Adlerblick des Hohenzollern“. In vorgerückter Stunde hätten die Herren dann auf seine kommende Regierungszeit eingeworfen. Der Wein sei bei diesen Gelegenheiten in Strömen geflossen. Immer wieder habe man patriotische Lieder gesungen, und Sohrufe auf ihn ausgebracht. Wie dadurch, daß er im Saal der Reichswehroffiziere über gewisse Punkte sei, habe er die Strapazen der nicht enden wollenden Feste ertragen.

Domela bleibt vollstän noch im Kölner Untersuchungsgefängnis. Es ist aber damit zu rechnen, daß er nach Abschluß der Untersuchung nach Weimar überführt wird. Bisher haben die Geschwädten in Heidelberg, Mitteldeutschland und Köln keinerlei Strafantrag gestellt, jedoch Domela wahrscheinlich mit einer Gefängnisstrafe von einigen Monaten davon kommen wird.

Warum nennen wir eigentlich Herrn Domela den falschen Prinzen? Wissen wir so genau, ob die anderen Prinzen echter sind? Der englische Satiriker Swift hat schon vor 200 Jahren in einer lustigen Scene geschrieben, wie sein Gallicoer zu einem Gespöcherwörter kommt und von ihm die Verfassungen der europäischen Monarchen herausgeschwarzen haben will. Aber statt der erwarteten längeren Reihe von Königen und Fürsten erscheinen die wirklichen Zeugen: Sozialkrieger, Kammerdiener, ausgewachsene Weitzedde — Verführer aus es zu Swifts Zeiten noch nicht.

Aber nehmen wir einmal an, die Hohenzollern wären ausnahmsweise „echt“. Sie stammten also nicht von dem Philoso-

phen Leibniz, dem Freunde der Königin Sophie Charlotte, sondern von dem Lüderian Friedrich I., von dem Erbprinzen Friedrich Wilhelm I., und dann — da der linderlose Alte Fritz als Ahnherr nicht in Betracht kommt — von dem Büßling Friedrich Wilhelm II., von dem Trottel Friedrich Wilhelm III. usw. usw. Was wäre schon an einer solchen Abkammung daran? Was ist es für ein Rubin oder Brillant, den arbeitsunfähigen Ex-Wilhelm zum Großvater, den Deller Patent — nehmer zum Vater zu haben? Stellen wir uns einmal vor, in Erfurt, Gotha oder Dessau tauchte ein zwanzig-jähriges dichterisches Genie auf. Ein junger Schiller, der eben seine „Räuber“ vollendet habe und jetzt über dem „Riesco“, über „Luise Millerin“ sitz. Stellen wir uns vor: dieser junge Schiller klopfte — mittellos und gesundheitslich ruinert — an die Türen der ehemaligen Hofgesellschaft, der Hofkammeranten, der Hofbeamtenden. Würde sich ihm einige einzige Tür öffnen? Sehen wir ruhig davon ab, daß der Verfasser der „Räuber“ in diesen Kreisen als ganz namhafter Revolutionär gelten würde, dem es gar nicht schadet genug gehen dürfte. Was interessiert überdies den Obersten a. D. Knorke, die Freiheit von Somolo, den Hofkammermeister Schulse, doch ein mittelloses Mann ein Genie ist?

Aber nun tritt ein anderer junger Mann auf, der kein weiteres Verdienst für sich in Anspruch nimmt, als aus dem Leben zu leben und deren gezeugt zu sein. Da ist der gute Untertan vor Begeisterung und Dienstfertigkeit aus dem Häuschen. Denn hier hat sein Existenzbedürfnis seinen Boden unter den Füßen. Genie ist eine unsichere Sache. Genau feststellen läßt es sich eigentlich erst, wenn der Betreffende bereits 100 Jahre tot ist. Jedenfalls in der langen Liste, in der souverän abgetesteten Kastenordnungen, die der Untertan immer im Kopf mit sich herumträgt, ist das Genie nicht verzeichnet. Aber was ein Prinz ist, das weiß jedermann ein jeder. Das ist beglaubigt und abgestempelt. Prinz ist Prinz, mag er im Uebrigen ein Trottel oder ein Idiot sein. Der König ist alles, das menschliche Format nicht. Denn wer einen trunkenen Budek hat, der braucht in die Herzschaften dem Harry Domela dankbar sein, weil er ihnen Gelegenheit gegeben hat, etwas lang und schmerzhaft Entbehrtes nachzuholen. Er hat seine Rolle sicher nicht schlechter gespielt, als sein echter Doppelgänger es getan hätte. Daß er bei der Gelegenheit eine kleine Lustbarkeitssteuer von den Dienstbediensteten erhob, sollten ihm gerade diese netzen. Jeder Genuß muß bezahlt werden. Freilich die Lust? Armer Harry Domela! Sie wird dir den falschen Hohenzollern antreiben. Sie wird dich wegen nachträglicher Majestätsbeleidigung zu rufen wollen und sie wird sich rühmend nicht lam abt vor die finanzielle Schindknecht der von dir Gevollten stellen, als vielmehr vor die Biennale der sogenannten guten Gesellschaft, als auch hoher und höchster Behörden, der Stadtverordneten und Reichswehrkommandeure. Aber eben deswegen wollen wir dir, Harry Domela, nicht gram sein. Du hast ein gutes Werk getan. Du hast dem Byzantinismus des deutschen Untertanen ein unterwürdiges Denkmal gesetzt!

Eine belgische Warnung

Brüssel, 11. Jan. (Eig. Draht.) Der „Soir“ verurteilt mit auffälliger Schärfe den Versuch von Curieux, mit den Deutschnationalen regieren zu wollen. Den in Locarno, Ebroix und Gent gezeigten Friedenswillen beantworteten die Deutschen mit dem Willen, den Deutschnationalen einen starken Anteil an der Regierung zu geben. Das sei eine direkte Drohung gegen die Alliierten. Deutschland habe zwar das volle Recht, sich zu regieren, wie es ihm beliebt, aber die Alliierten hätten die Pflicht zu sorgen, daß ihre Versöhnungspolitik nicht bis zur Abdankung gegenüber der hoffärtigen Haltung der Deutschnationalen gehen könne, die die wilhelminische Junkerpolitik pervertieren wollen.

Wenn ein Bürger- oder „Ordnungs“-block regiert

Am 30. Januar sollen die Landtagswahlen in Thüringen stattfinden. Die Wähler sollen entscheiden, ob der „Ordnungsblock“ von Stresemann bis Dinter weiter im Lande herrschen oder ob endlich wieder wirklich Ordnung geschaffen werden soll. In einem Aufruf an die Wähler zeigt der sozialdemokratische Bezirksvorsitzend die Taten des Ordnungsblocks und ihr Ergebnis auf:

„Was hat der Ordnungsbund geleistet? Das Land war wiederholt nationalsozialistischen Horren preisgegeben, Heberfälle und Mordversuche waren dabei an der Tagesordnung! In den schweren sozialen Kämpfen zwischen Arbeitern und Unternehmern aber hat die Regierung unter Ausschaltung der zuständigen Behörden die Polizei gegen hungernde Arbeiter eingesetzt. Für die Opfer des Krieges und der Inflation, der Arbeit und der Erwerbslosigkeit hatte der „Ordnungsbund“ nur den Anspruch des Abgeordneten Raum:

„Wohlfahrtspflege ist Unfug!“

Gerechte Aufwertung verhinderte der Minister Dr. Sattler dadurch, daß er den Gemeindeparkassen jede Aufwertung über 12 1/2 Prozent verbot.

Sparsamkeit sollte im Staatshaushalt einführen. Statt dessen wurde der Mehrmillionenüberschuß der sozialdemokratischen Regierung verwirft, die Ausgaben von 88 Millionen Mark im Jahre 1924 auf 121 Millionen Mark im Jahre 1926 gesteigert. Mit 20 Millionen Mark Defizit und 52 Millionen Mark Schulden vollendet er den Bankrott der Ordnungsmiswirtschaft.

Ausbeutung der Besitzlosen, Schonung der Reichen, war der Grundtat des „Ordnungsbundes“ Steuerrechts. Abbau der Besitzsteuer, unerhörte Steigerung der Mietsteuer, die „Taten“. Die Mietsteuer wurde für den Fiskus verschleudert, die Wohnungsnot nicht beseitigt.

Statt Vereinfachung der Verwaltung wurden die Verwaltungsstellen vermehrt, die Republikaner hinausgeworfen, die Reaktionäre befördert, aber 15 Prozent aller Volksschullehrstellen, über 600, abgebaut! Die „Ordnungsmiswirtschaft“ ist ein schändlicher Skandal.

Zerschlagen wurde die kollektive Schulverwaltung, zerschlagen das Bauhaus, so daß seine Meister das Land verlassen mußten. Die Gleichberechtigung der Geschlechter wurde tatsächlich beseitigt, die Frauen aus allen leitenden Stellen im öffentlichen Dienst entfernt.

Für all diese „Leistungen“ hat der „Ordnungsbund“ seine Minister durch ein Korruptionsgesetz, das nur der persönlichen Bereicherung der Sattler, Klöhnner, Leutheuser dient, belohnt.

So steht Thüringen heute vor dem finanziellen, moralischen und kulturellen Ruin.

Das sind die Erfolge des „Ordnungsbundes“! Aber auch zugleich die Erfolge der Kommunisten, deren Führer Tenner noch am 9. April 1924 im Landtage den Ausgang der Wahlen bejubelte. Die Kommunisten haben sich trotz bitterer Erfahrungen nicht gewandelt.“

Die neue sächsische Regierung

Ministerpräsident Heldt wiedergewählt

Dresden, 11. Jan. (Eig. Draht.) Am Dienstag nachmittags führte die auf der Tagesordnung des Sächsischen Landtags stehende Wahl eines Ministerpräsidenten endlich zu einem Ergebnis, indem der bisherige zu den Nationalsozialisten gehörige Ministerpräsident Heldt, — abgesehen von den Nationalsozialisten — mit allen Bürgerstimmen wiedergewählt wurde. Die mittags um 1 Uhr vorausgesehene Wahl verlief wieder ergebnislos, weil die Deutschnationalen nicht für Heldt stimmten. Bis zu der entscheidenden Sitzung mittags um 4 Uhr hatte sich die Deutschnationalen Landtagsfraktion ihre Taktik anders überlegt. Sie widersprach durch ihre Zustimmung zu der Wahl ihre in der ersten Sitzung abgegebene Erklärung, nach der sie sich an keiner Regierung beteiligen könne, auf die sie keinen Einfluß habe. Dieser stillschweigende Widerruf soll unter der Aufsicht der Verhandlungen über deren Eintritt in die Regierung stattfinden werden.

Die Wahl des Ministerpräsidenten Heldt erfolgte mit 49 gegen 45 Stimmen. Auf den Abgeordneten Fleißner als Gegenkandidaten entfielen 45 Stimmen der SPD und der Kommunisten.

Das neue Ministerium wird sich in den nächsten Tagen dem Landtag mit einer Regierungserklärung vorstellen. Es besteht nach den Vereinbarungen der Mittelparteien neben dem Ministerpräsidenten aus einem weiteren Mitglied der SPD und zwar dem bisherigen Arbeitsminister Gieser. Das Innenministerium wird durch den Demokraten Dahme besetzt. Die Wirtschaftsminister erhält das Wirtschaftsministerium, an deren Spitze der Abgeordnete Dr. Eichelhorn tritt, und das Finanzministerium wird mit dem Abgeordneten Weber besetzt. Die Volkspartei erhält die bisher bereits von ihr besetzten Ministerien mit den gleichen Ministern.

Die Wahl des Ministerpräsidenten ist zwar vollzogen, ob sich aber die neue Regierung nach der Abgabe einer Regierungserklärung auch als lebensfähig erweist, ist vorläufig noch sehr zweifelhaft.

Berlin, 12. Jan. (Funkdienst.) Der Ausgang der gestrigen Sitzung des sächsischen Landtags mit der Wiederwahl des bisherigen Ministerpräsidenten Heldt ist dem „Vorwärts“ zu folgendem Kommentar über die Nationalsozialisten: „Die kleine Gruppe des sächsischen Landtags, die noch immer, weil sie niemand daran hindern kann, den Namen „Natio-

nationalistische Partei Sachsens“ führt, hat man also zwei der Wählerkreise mit Hilfe der Deutschnationalen gerettet. Das mit hat sie einen Schritt getan, der sie noch viel weiter als die längst vollzogene organisatorische Scheidung von der sozialistischen Partei Deutschlands trennt und durch den sie sich die letzten Sympathien, die sie da und dort in der Partei außerhalb Sachsens noch beisehen haben mag, verjährt. Es wird nur eine Stimme darüber geben, daß die Politik dieser ehemaligen Sozialdemokraten geradezu das Musterbild einer sozialistischen Politik ist, wie sie nicht gemacht werden darf. Denn das Ergebnis ist wahrhaft erschütternd: Heldt, der einstige Vertrauensmann der Arbeitermassen, endet als der Vorkämpfer der Arbeiter den entscheidenden Einfluß ausüben. Er hat alles preisgegeben — nur das Amt nicht.“ Nachdem sich die sogenannten „alten Sozialdemokraten“ auf diese Weise die Rückkehr zu den Quellen ihrer einstigen Macht, zu den Arbeiterklassen, verbat haben, können sie nur noch ein Spielball in der Hand der bürgerlichen Parteien sein. Man wird sie bald neben den Deutschnationalen auf der Ministerbank sitzen sehen und sie werden gemeinsam mit diesen den Kampf gegen ihre einstigen Parteigenossen führen — bis Neuwahlen dieser traurigen Episode in der Geschichte der sächsischen Arbeiterbewegung ein Ende bereiten.“

Diesem scharfen Urteil des „Vorwärts“ schließen wir uns an. Die SPD Sachsens ist endgültig für jeden Sozialdemokraten erledigt.

Eine neue Blamage deutscher Monarchisten

Auf der Alm zur linken Hand dem ehemaligen Kronprinzen angetraut

Erfurt scheint ein besonders günstiger Boden für Pseudohöflichkeiten zu sein. Ausser dem „Sohn des ehemaligen Kronprinzen“ hat hier auch ein ehemaliges Dienstmädchen ihr Wesen als preussische Prinzessin getrieben. Sie ist, wie die „Bür. Allg. Ztg.“ berichtet, seit einigen Wochen im hiesigen Untersuchungsgefängnis, weil sie als Nichte des Ex-Kaisers „Prinzessin Margarete von Preußen“ eine größere Anzahl Erfurter Geschäftsleute geirrt hat.

Die Betrügerin, die schon 41 Jahre zählt, aber noch stark liebedürftig ist, wenn sich eine günstige Gelegenheit dazu bietet, begann ihre höhere Laufbahn bereits im Jahre 1911 in Erfurt. Sie kam aus dem bei Weimar gelegenen Bad Berka hierher und führte den Namen Martha Barth. Ihre Neigung zum Militär entzog sie ihrem Beruf. Sie wanderte wegen Betrugs und Urkundenfälschung ins Gefängnis. Dann war sie im Berliner Heim eines Sohnes des Kaisers in der Nähe tätig. Diese Tätigkeit nahm zwar bald wieder ein unruhiges Ende, hatte aber für Martha Barth genügt, um der kaiserlichen Prinzessin die fürstlichen Mäuen abzuwandern.

Wieder nach Erfurt zurückgekehrt, verstand sie es sehr geschickt, ihr „Antiquario“ zu küssen, um sich als Prinzessin von Preußen feiern zu lassen. Die gute Gesellschaft Erfurts zögerte sich um ihre Gunst und schätzte sich glücklich, sie in ihrem Heim begrüßen zu können. Was die Betrügerin ihren Freunden zu bieten wagte, zeigt ihre Erzählung, daß sie eine Tochter des Königs von Griechenland, dem früheren deutschen Kronprinzen auf einer Alm heimlich zur linken Hand angetraut sei. Sie schmückte sich mit falschen Edelsteinen und zahlte mit falschen Wechseln, bis die Erfurter Kriminalpolizei die „Prinzessin“ mit rauher Hand in die bürokratische Wirklichkeit zurückführte. Die Erfurter Geschäftsleute und Betrüber der Prinzessin, die sie um mehrere tausend Mark geschädigt hat, werden aber wohl vergeblich auf die Befriedigung ihrer Ansprüche durch das hohensolmsche Privatbestimmungs warten müssen, auf das sie von Martha Barth vertrotelt wurden.

Beamten-Heimstätten

Berlin, 11. Jan. Im Reichsausschuss für Beamtenangelegenheiten wurde der Gesetzentwurf über die Abtretung von Beamtenbezügen zum Heimstättenbau in allgemeiner Aussprache beraten. Wohnungslos waren am 1. Januar 1926 allein an Reichsbeamten 14 100. Die Regierung hat daher geprüft, ob nicht bei der Eigenart des Beamtenverhältnisses Möglichkeiten vorliegen, den Beamten, die eine Ansiedlung in Heimstätten mit Gartenland erstreben, private Kredite zu erschließen. Nach eingehender Erwägung hielt die Reichsregierung den Weg eines Sparplans für anwendbar. Öffentliche Mittel sollen nicht in Anspruch genommen werden. Der sparende Beamte tritt für eine Reihe von Jahren einen Teil seines Dienstvermögens an eine Sparorganisation ab, die die Bezahlung der Beamten-Heimstätten übernimmt. Im Ausschuss wurden gegen die Regierungsvorlage mannigfache Bedenken geäußert; zu einer Beschlußfassung kam es jedoch nicht.

Beginn des großen Barmatprozesses

Berlin, 11. Jan. Vor dem Erweiterten Schöffengericht des Amtsgerichts Berlin-Mitte begann heute vormittags unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Neumann der umfangreiche Prozeß von Barmat und Genossen. Die Anklage wird vertreten durch den Oberstaatsanwalt Trautmann, dem die Staatsanwälte Raasch, Sturm und Eich zur Seite stehen. Die elf Angeklagten sitzen mit ihren 15 Verteidigern vor der eigentlichen Anklagebank. Der Justizaußenrat ist Karl Heßel und die Freie außerordentlich Karl vertreten. Der frühere Zentralbankdirektor Langensbergermann ist ebenso wie alle übrigen Angeklagten anwesend.

Berlin, 11. Jan. Nach vierjähriger Verhandlung vor der Berufungskammer des Landgerichts I wurde zugleich mit dem Beginn des großen Barmatprozesses heute der sogenannte kleine Barmatprozeß zu Ende geführt. Mehrere Staatsbankrottbeamte waren beschuldigt, gegen Barmatsangehörigen Bankhäuser Kredite ohne ausreichende Effektenbedeckung einräumt zu haben. Die Strafkammer setzte die Strafen erheblich herab mit der Begründung, daß bei den verworrenen Zuständen in der Staatsbank den Angeklagten ihre Pflichterfüllung in höchstem Grade erschwert, die Pflichtverletzung aber im höchsten Grade erleichtert worden sei. Die Strafkammer setzte die Strafen wie folgt herab: für die Staatsbankinspektoren Madow von 1 Jahr 5 Monaten auf 1 Jahr, Kersten von 1 Jahr 9 Monaten auf 1 Jahr, Joff von 9 auf 6 Monate, für den Staatsbankobersekretär Weibel von 5 auf 3 Monate Gefängnis. Die gezeigten Barmatsangehörigen wurden als der Staatskasse verfallen erklärt.

Von den französischen Senatswahlen

Paris, 10. Jan. (Eig. Bericht.) Die große politische Bedeutung des Wahlausfalls am Sonntag liegt ohne Zweifel in der Tatsache, daß die Sozialisten 19 Mandate errungen haben und von nun an als eine selbständige politische Fraktion im Senat auftreten werden. Die vier Sozialisten, die jetzt bereits dem Senat angehören, und bisher den äußersten Flügel der „demokratischen Linken“ ausmachten, werden sich von dieser trennen und mit den zwei neu gewählten sozialistischen Kommunisten und den zehn neuen sozialistischen Senatoren die sozialistische Senatsfraktion in Stärke von 16 Mitgliedern bilden. Es ist kaum übertrieben, wenn mehrere Blätter darin einen „historischen Akt“ in der französischen parlamentarischen Geschichte sehen.

Es wäre natürlich außerordentlich unklar, von dieser vorläufig schwachen sozialistischen Senatsfraktion eine entscheidende Einwirkung auf die Führung der politischen Geschäfte des Senats aber in Ausnahmefällen zu erwarten. Aber die Tatsache, daß zum ersten Mal eine internationale Partei als geschlossene Fraktion in den reaktionären französischen Senat einzieht, gibt ohne Zweifel dem Wahlausfall sein für die demokratische Idee erstrebliches Gewicht.

Es ist bedauerlich, daß die parlamentarische Wahlfrage der Sozialisten durch die gleichzeitige Niederlage der ihnen politisch nahestehenden Radikalsozialisten beinahe völlig neutralisiert worden sind, sodas die Fortschritte der sozialistischen Partei nicht genügt haben, das politische Bild des Senats wesentlich zu verschieben und den Linksparteien eine feste zahlenmäßige Heberlegenheit zu sichern. Infolgedessen kann kein größerer politischer Umschwung und noch weniger eine Verdrängung des gegenwärtigen Kabinetts Poincaré von dem neuen Senat erwartet werden, wie sie zweifellos entstanden wäre, wenn die Hoffnungen der Linksparteien restlos in Erfüllung gegangen wären.

Am Donnerstag wird anstelle des durchgefallenen de Selves die Neuwahl eines Senatspräsidenten stattfinden. Die Linksparteien des Senats werden da die erste Gelegenheit benützen, sich neu zu gruppieren, um zu versuchen, dieses hohe Amt, das zweit höchste der Republik, für sich zu erobern. Als Vizepräsidenten werden genannt: der frühere Finanzminister Clementel, der Radikale Steeg und als Kandidat der Rechten der bisherige Kammerpräsident und neuebedachte Senator Peret.

Ein Sozialist französischer Kammerpräsident

Paris, 12. Jan. (Funkdienst.) Die Kammer wählte am Dienstag im dritten Wahlgang den sozialistischen Abgeordneten Ferdinand Bouisson zum Präsidenten. Auf ihn entfielen 284 Stimmen, während der Kandidat des Nationalen Blocks, Maginot, mit 186 Stimmen unterlag. Die Linke stimmte also fast geschlossen für Bouisson.

Es ist das erstmalig in der parlamentarischen Geschichte Frankreichs, daß ein Sozialist den Präsidenten des Abgeordnetenhauses wird. Bouisson selbst ist einer der ältesten Abgeordneten der französischen Partei, der seit 2 Jahrzehnten den Wahlkreis Marseille vertritt. Er war während des Krieges Oberkommissar für die Handelsmarine.

Eröffnung der Parlamente in Frankreich

Paris, 11. Jan. (Eig. Draht.) Die ordentliche Parlamentssession von 1927 ist am Dienstag von Kammer und Senat durch die üblichen Anreden der Kammerpräsidenten eröffnet worden. Bei der Anrede unterschieden sie sich in angenehmer Weise von den sonst bei solchen Gelegenheiten üblichen konventionellen Redensarten. Die Redner gaben ihrer Freude Ausdruck, die Versammlung im Zeichen eines erfreulichen Optimismus nach innen und nach außen betreiben zu können. Der Kammerpräsident knüpfte an die Erklärungen des päpstlichen Nuntius und des Präsidenten der Republik, Doumergue beim Neujahrsempfang im Elisee an, und sah in ihm ein Zeichen von dem stärker werdenden Wunsch der Völker nach Frieden und Versöhnung. Auch in der Politik könne man ruhiger in die Zukunft sehen und man werde sich, wie beide Redner betonten, auch binnen Kurzem von den Krüften der Nachkriegszeit erholen.

Die Kammer schritt dann zur Wahl ihres Präsidenten. Sämtliche Linksparteien hatten in Gruppenformationen, die am Vormittag stattfanden, beschlossen, eigene Kandidaten aufzustellen. Die sozialdemokratische Partei den Deputierten von Marseille, Souffron, die Radikalsozialisten den Deputierten Souffron, die Rechte Maginot. Es waren angesichts der zahlreichen Kandidaten mehrere Wahlgänge notwendig.

Vordringen amerikanischer Truppen in Nicaragua

Managua, 12. Jan. Amerikanische Marine- und Luftkräfte haben den Fluss Escondido, 60 englische Meilen hinauf gezogen, um im Inneren Nicaraguas eine neutrale Zone zu erschaffen. Eine andere neutrale Zone ist an der Mündung des Bawra vorbereitet worden. Im Gebiete des Bama haben viele amerikanische Bahngesellschaften ihren Sitz.

Managua, 11. Jan. Amerikanische Marinetruppen besetzen den Hafen Prinzapolca als neutrale Zone.

Die inneren Kämpfe in Mexiko

Mexiko, 11. Jan. In Coahuila im Staate Tlaxico sollen bei einem Zusammenstoß zwischen Riboliten und den Gemeindeführern 21 Personen getötet und 10 verwundet worden sein.

Kommunistische Demonstration

Berlin, 12. Jan. (Funkdienst.) Kommunistische Arbeiter demonstrierten vor der ita-lischen Gesandtschaft und der italienischen Botschaft in Berlin. Da es sich um eine unerlaubte Kundgebung handelte, schritt die Polizei ein und zerstreute die Demonstranten.

Die Wirren in China

Peking, 11. Jan. (Kenter.) Käuher haben die Stadt Wanhsichuan umzingelt und angesetzt. Die chinesischen Einwohner, die nicht in den Flammen umfanden und aus den brennenden Häusern flüchteten, wurden niedergeschossen.

Aus der badischen Textilindustrie

Nachdem die Forderungen der Arbeitnehmerverbände auf endgültige Regelung der Lohnverhältnisse in der badischen Textilindustrie seitens des Arbeitgeberverbandes abgelehnt worden waren, haben die Arbeitnehmerverbände den Schlichtungsausschuß Karlsruhe anzureufen. Die Arbeitnehmerverbände beschließen, falls die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß zu keiner Einigung führen sollten, einen Schiedspruch des Schlichtungsausschusses zu beantragen.

Aus dem Freistaat Baden Beantragung eines Kredites für die badische Hoteldindustrie

Nach Blättermeldungen haben der Vorsitzende des Landesverbandes der Badischen Hoteldindustrie und verwandter Betriebe, Karl Bieringer, der Bürgermeister der Stadt Triberg, Keil, und der Syndikus der Handelskammer Karlsruhe, Dr. Krienen, der badischen Regierung den Entwurf eines Gesetzes über Bürgschaften des Landes Baden bis zu einem Gesamtbetrag von 5 Millionen RM für die badische Hoteldindustrie vorgelegt. Ferner soll der Betrag der Zinsen über 4 Prozent auf die Staatskasse übernommen werden. Die Bürgschaft wird auf die Dauer von fünf Jahren vorgeschlagen. In der Begründung des Gesetzes wird mehr und mehr Erholungsstätten des Schwarzwaldes veräußert werden müssen, sodaß der Schwarzwald als Ziel des Ausländerfremdenverkehrs kaum mehr in Frage komme. Ein weiterer Rückgang des Kurfremdenverkehrs werde nicht ohne Rückwirkung bleiben auf die Gaststätten in den Großstädten und den gesamten Handel und das Gewerbe. Die Groß-Gaststätten müßten modernisiert werden, um der Konkurrenz des Auslandes begegnen zu können; ferner müßten die Gaststätten von hochpreislichen schwebenden Lasten befreit werden.

Aus aller Welt

Das Projekt einer Autofernstraße Berlin—Leipzig—München—Rom

Leipzig, 11. Jan. Auf Einladung des Rates der Stadt fand heute im Rathaus eine Tagung zur Besprechung des Planes einer Autofernstraße Berlin—Leipzig—München—Rom statt, zu der zahlreiche Vertreter des Reiches, der beteiligten Länder und der Städte erschienen waren. Ministerialrat Dr. Speck-Dresden erklärte, der Bau einer Autofernstraße Berlin—Leipzig—München würde bei einer Länge von 668 Kilometern insgesamt 267 Millionen Mark beanspruchen, während man beim Ausbau des bestehenden Straßennetzes vielleicht mit einem Drittel dieser Summe auskommen würde.

Der Völkerverbund und die Grippeepidemie

Genf, 11. Jan. Die Sanitions-Kommission des Völkerverbundes veröffentlicht einen Sonderbericht über die Grippeepidemie in Europa. Dazu haben Beiträge geleistet die Sanitätsverwaltungen von Deutschland, Belgien, Dänemark, Italien, Holland, Norwegen, Schweden, der Schweiz und der Tschechoslowakei. Die Berichte datieren vom 7. bis 10. Januar und beziehen sich hauptsächlich auf die Lage im Monat Dezember. Allgemein wird festgestellt, daß die Epidemie, trotzdem die Krankheitsfälle sehr zahlreich sind, bisher einen gutartigen Verlauf nimmt und die Sterblichkeit nicht merklich höher ist als bei normalen Verhältnissen zu dieser Zeit. In verschiedenen Ländern habe die Epidemie einen stark ansteigenden Charakter.

Das deutsche Sanitions-Büro meldet unter dem 8. cr., es gebe keine eigentliche Grippeepidemie in Deutschland, dagegen zahlreiche Fälle von Entzündungen der Luftwege. Seit dem 8. Januar nehme die Zahl der in die Spitäler aufgenommenen Kranken in Berlin zu. Die Zahl der Todesfälle infolge Grippe oder Entzündung der Luftwege sei nur wenig größer als zu anderen Zeiten.

Ein schauerlicher Verbrecher

Vom ostelbischen Landarbeiterelend
Vor dem Schwurgericht Schwerin i. M. wurde kürzlich ein Landarbeiter Karlos wegen mehrfachen Mordes zweimal zum Tode und zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Die Taten dieses Menschen waren so rätselhaft, daß sie selbst für medienburgische Schwurgerichte, die an rohe Kapitalverbrechen gewöhnt sind, erstaunlich sind. Karlos, der 1876 als Sohn eines Polen in Meißnerwalde (Westpreußen) geboren wurde, war verheiratet. Ihm paßte aber das unfruchtbar heimatslose Leben der Landarbeiter, die in ganz Ostpreußen die Hauptklientel der Schwurgerichte ausmachten, besser. Er verließ seine Frau und seine vier Kinder und lebte mit einer anderen Frau in einer Schmittfabrik, einer der Brutstätten von Verbrechern, auf einem medienburgischen Goharundebühl zusammen. Diese Frau hatte bereits ein Kind und nach einiger Zeit hatte sie ein zweites von Karlos zu erwarten. Ein Abtreibungsversuch blieb erfolglos. Das Kind wurde ein halbes Jahr alt, als die Mutter auf den Gedanken kam, sich seiner durch Mord zu entledigen. Karlos, auf den sie starken Einfluß hatte, der Zeugnisaussagen nach in sexueller Hinsicht gestanden haben muß, war damit einverstanden. Ende April vorigen Jahres gingen Karlos und die Frau an einem frühen Morgen auf das Feld hinaus. Karlos trug das abnormale schlafende Kind auf dem Arm. Nach dem eigenen Bericht Karlos hatte darauf das Kind in einen Saft gefüllt, einen schweren Stein hineingesteckt und den Saft sorgfältig mit Bindfaden abgedichtet, in einen tiefen Tümpel geworfen. Jetzt sah die Mutter ein Trauen. Sie forderte



1919 zunächst Vorsitzender der A. und S.-Räte für Oberschlesien, dann Staatskommissar für den Regierungsbezirk Osnabrück, Juni 1919 bis 3. Januar 1920 Reichs- und Staatskommissar für Schlesien und Posen und dann an der Spitze der Provinz Sachsen als Bevollmächtigter im Reichsrat tätig. Als Bundesvorsitzender des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Bund der republikanischen Kriegsteilnehmer, hat Otto Hörsing eine umfassende und nie zu versagende Arbeit geleistet. Das Bild zeigt ihn (x), bei einer Demonstration des Reichsbanners.

Ein neuer Oberpräsident in Magdeburg?

Durch die Presse ging die Nachricht, daß der Oberpräsident von Magdeburg, Gen. Hörsing, am 1. April aus seinem Amte scheiden werde. Otto Hörsing ist seit dem 26. Februar 1920 Oberpräsident der Provinz Sachsen. In dieser Stellung und noch mehr als Bundesvorsitzender des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold hat er sich die schärfste Feindschaft aller Monarchisten und anderer Dunkelmänner zugezogen und bei der Nachricht von seinem angeblichen Rücktritt scheint in der Rechtspresse der Wunsch der Vater des Gedankens zu sein. Otto Hörsing ist am 18. 7. 1874 zu Gr. Schilfinghausen, Kreis Niederung (Thüringen) geboren. Er besuchte die Volksschule, wurde dann Metallarbeiter und hat in vielen Großbetrieben wie Vulkan-Stettin, Krupp-Essen, Borussia-Berlin, Germania und Staatswerft Kiel gearbeitet. Von 1905 an war er Angehöriger des Metallarbeiterverbandes, dann 1906 bis 1914 Bezirksparleiter des S. V. für den Regierungsbezirk Osnabrück. 1914 bis Kriegsende Kriegsteilnehmer, war Hörsing

Narlos auf, auch sie in den Tümpel zu werfen. In ruhiger Besonnenheit — nach seinem eigenen Bericht — machte er sich daran, den Auftrag auszuführen. Er wickelte die Frau am Hals und drückte ihr dann den Kopf in das Wasser, bis sie sich nicht mehr regte. Jetzt band er ihr Steine unter den Kopf und warf sie ebenfalls in das Wasserloch. Sie verschwand spurlos. Karlos ging darauf ohne alle Gemütsbewegung zur Schmittfabrik zurück, um von dort das ältere Kind ebenfalls zu holen. Es war aber schon zu spät geworden. Die Leute waren auf dem Hofe und er mußte die Fortschaffung seines Wertes verschließen. Er kam also wie jeden anderen Tag seiner Arbeit und machte sich an die Arbeit. Abends holte er das Kind, das bei einem Gärtner untergebracht war und das ihm freudbefreit entgegenkam. Seine Frage, ob es aus Mama und um Frieden, dem Schwesterchen, dürfe, bejahte er. Am anderen Morgen ging er mit ihm an den steilen Wasserfall, band ihm Steine unter das Köpfchen und warf es dann selbsttätig in die Flut. Es versank sofort. Jetzt machte sich der Mörder ohne eine Spur innerer Bewegung, auf nach Berlin, arbeitete später an verschiedenen Stellen des Reiches und wurde Anfang August in Spandau verhaftet.

Das Urteil stützte sich hauptsächlich auf seine eigenen Berichte. Er zeigte weder nach der Tat noch in der Verhandlung Neue oder Bewegung irgendwelcher Art. Auch sein Zornismus war erkennbar. Das Urteil nahm er ohne erkennbaren Einbruch auf. Man stand vor einem psychologischen Rätsel, in das die medizinischen Sachverständigen mit ihrem Gutachten, daß keine verminderte Zurechnungsfähigkeit vorliege, kein Licht brachten. Man hielt in der Schwurgerichtsverhandlung in Dresden des Mordes vor ähnlichen Fällen, in denen vollstehende Reuen Menschenleben ausgetilgt, wie namentlich unheimliche Kinder bestraft werden, läßt selbst Kriegserfahrene Feldkämpfer erschauern. Zu einem Teile jedenfalls ist die Ursache in der Heimlosigkeit und dem sittenverderbenden Aufenthalt in den verhängnisvollen Schmittfabriken des Goharundebühls zu suchen. Dazu kommt die degenerierende Wirkung des üblichen Schnapsgenusses, die sich auch bemerkbar macht, wenn die Verbrecher, wie die Karlos, nicht in Trunkenheit begangen werden.

Opfer des Herganglaubens

Im Krankenhaus in Salzen (Westfalen) wurde drei Wochen nach ihrer Trauung eine Frau Ende mit furchtbaren Verletzungen sterbend eingeliefert. Ehe sie den schweren Verwundungen erlag, konnte sie noch anreden, daß sie von ihrem Manne und dessen Familie regelrecht zu Tode geprügelt wurde. Der Grund lag in Auslagen einer Wahrsagerin aus dem benachbarten Gelsenkirchen, die die junge Frau als Hexe bezeichnet hatte. Gleich nach der Hochzeit war nämlich auf dem Gute der Schwiegereltern eine Viehseuche ausgebrochen. Deswegen wurde die Wahrsagerin zu Rate gezogen. Auf deren Veranlassung wurde die unglückliche Frau tagelang in einem dunklen Raum eingesperrt und entsprechend den Anweisungen der Wahrsagerin langsam durch Verbrennungsalten und Prügel zu Tode gequält. Denn die Bauern waren von den Aussagen der Wahrsagerin felsenfest überzeugt und führten ihre Anordnungen getreulich aus. Die Wahrsagerin und die Bauernfamilie wurden verhaftet.

Deutsche Flugleistungen

Die deutschen Ausseugführer Doerr, Kahlow, Koak und Polke von der Deutschen Luftflotilla haben mit Abschluß des Jahres 1926 im regelmäßigen Luftverkehr je 400 000 Kilogramm zurückgelegt. Der jüngste von ihnen, Koak, zählt 29, der älteste, Doerr, 39 Jahre; Kahlow und Polke sind 32 bzw. 33 Jahre alt. Alle vier sind seit den Anfängen der deutschen

Verkehrsflucht Verkebrsflieger. Ihre Pioniertätigkeit über sie vor allem auf den großen Internationalen Etreden zwischen den europäischen Hauptstädten aus.

Im Berliner Zentralfriedhof Tempelhofer Feld sind im Monat Dezember 156 Beisetzungen gefastet und 160 gelandet. Befördert wurden 311 Bahngüter, 4845 Kilo Gebäck, 6920 Kilo Brau, 372 Kilo Post und 6375 Kilo Zeitungen, 206 Beisetzungen hatten und landeten bei Sonderflügen, wobei 361 Personen befördert wurden.

Vor Zuzug wird gewarnt

Norwegen wird von der Maul- und Klauenseuche heimgesucht, und tut alles, um die für die Landwirtschaft solch schwere Seuche zu bekämpfen. Im Frühjahr sollen systematisch alle Krähen abgeschossen werden, wenn sie vom Süden nach Norwegen zurückkehren. Man vermutet in ihnen die Träger der Antidengsteine. Darum sind die Jägervereine mit ihrer Vernichtung beauftragt worden. Die Krähen sind zwar keine eigentlichen Zugvögel, aber sie begeben sich doch im Winter aus dem hohen Norden Norwegens nach Süddänemark und Deutschland und kehren im Frühjahr zurück.

Vater von 34 Kindern

Präsident Coolidge hat seinen den 72jährigen Landwirt Wlad aus dem nordamerikanischen Staat Norddakota unter großen Ehren im Weißen Haus empfangen, um ihn als Vater von 34 Kindern zu besänftigen. Als Wlad das 20. Kind geboren wurde, hatte sich ein begüterter Akzordner erboten, ihm die Kleidungsküche für alle noch kommenden Sprößlinge zu liefern. Dieses Angebot wurde teuer, noch 14 mal konnte es in Anspruch genommen werden.

Ein seltsamer Angler

Ein Berliner Schneidergeselle hatte sich seit einiger Zeit einem nicht alltäglichen Angelfischart zuwenden. Bei den Bestellungen für seinen Meister sah er auf den rückwärtigen Balkons Felze, Stiefel, Mäntel, Gürtel, Hosen usw. aufhängen. Also gab er im Oktober seine Arbeit auf und fristete seinen Lebensunterhalt als „Angler“. Er stellte zunächst als Hofsänger fest, wo ein Balkon, auf dem etwas zu holen war, vom Turm her zu erreichen war. Mit einem doppelten Sechshaken und einer kleinen Drahtschlinge, die er nach den Balkons warf, zog er die lockende Beute an sich und ließ sie in einem Korb verschwinden. Einmal erbeutete er dabei einen Hase im Werte von 6000 Mark. Was ihm in die Hände fiel, verkaufte er. Seit er sich in die Hände fiel, verkaufte er, wurde von einem Pfälzer auf frischer Tat gefast und festgenommen. Bisher konnten ihm 24 Diebstähle nachgewiesen werden.

Zugtelefonie auch in Süddeutschland

Die Einrichtungen für die Zugtelefonie der Strecke Berlin—München über Nürnberg—Augsburg sind fertiggestellt und die Aufnahme des Betriebes steht demnächst bevor. In absehbarer Zeit wird dann auch die Strecke Augsburg—München mit der neuen Einrichtung ausgestattet werden. Die Antennenanlagen auf den einzelnen Bahnhöfen sind teilweise schon projektiert.

Feuer in der alten Prager Citadelle

Berlin, 11. Jan. In der vergangnen Nacht brach in der alten Citadelle, die von der Post als Autogarage benutzt wird, Feuer aus, das erst gegen 6 Uhr früh gelöscht werden konnte. Gegen 20 Postautobusse und die gesamten Benzin- und Deloräte wurden ein Raub der Flammen. Bei den Löscharbeiten wurden ein Feuerwehrmann und ein Soldat verletzt.



Machen Sie's so wie wir !

Empfehlen Sie dem Freund, dem Gast die Massary-Zigarette mit jener feinen Unaufdringlichkeit die dem anderen gestattet, sich eine eigene Meinung zu bilden.

Es wird Ihrem Freunde genau so gehen wie Ihnen: an der Massary-Zigarette selbst erkennt er nach wenigen Zügen, daß ihm hier nichts Alltägliches geboten wird.

Ein feines Lächeln sei Ihr Lob, begleitet von der schlichten Aufforderung, mit der wir seit Jahren werben:

Urteilen Sie selbst !

Massary-Perle 4, Massary-Delft 5, Massary-Ritter 6, GOLD- u. PURPUR MUNDST., GOLD- u. TÜRKIS MUNDST., GOLD- u. SEIDEN MUNDST.

Massary Zigarettenfabrik Aktiengesellschaft, Berlin S. 42, Generalvertreter: Josef Reber, Karlsruhe, Nr. 41, Telefon 1100

Dopfer!
Gymnast-Übungsring
 losbriefel 1 M u.
 11 Stück 10 M Porto
Stürmer MANNHEIM
 07,11
 POSTS-CHECK-KONTO: KARLSRUHE 47043

Dorn's Kaffee
 der preiswerteste
 auf dem Markt, das Pfd. von Mk. 2.80 an

Bad. Lichtspiele
 Konzerthaus
 Heute nachm. 4 Uhr und
 abends 8 Uhr
Amerika
 das Land der unbegrenzten Möglich-
 keiten mit Vortrag Kapitän Mayer
 Auf vielseitigen Wunsch:
 Verlängert bis Donnerstag, 13. Jan.
 Kartenvorverkauf:
 Musikhaus Fritz Müller, Kaiserstraße
 1079

Von den vielen zum Verkauf
 kommenden Artikeln im
**INVENTUR-
 VERKAUF**
 greifen wir heraus!

wirklich preisniedrig!

GUMMI-MÄNTEL
 beste Paragummierung
 für Herren und Damen
 28.50 26.- 18.50 16.- 15.50

GABARDINE-MÄNTEL
 feinste Verarbeitung
 für Straße und Reise, imprägniert
 Herren: 68.50 58.50 48.50
 Damen: 46.- 38.- 34.-

SPORTHAUS
Freundlieb
 KARLSRUHE

Fast neue
Schreibmaschine
 umständlich, 3-jährigen
 Zahlungsbedingungen zu
 verkaufen.
 Zu erit. unter Nr. 1072
 im Volksfreundbüro.

Hochzeitsanzug
 Smoking und Entwurf
 wenig getragen, sehr billig
 zu verkaufen 66.50
 Säbingerstr. 23a, 1. Et.

Gebrauchte Möbel
 aller Art, sowie Betten,
 Federbetten, Diplomat zu
 kaufen gesucht. Angebote
 an Fr. Schuler, Südbühn-
 Wilhelmstr. 18, Hof.

Diwan
 gut erh., zu kaufen gesucht
 Fr. u. Nr. 1082 an das
 Volksfreundbüro erbeten.

**zweiadriger übertrag-
 barer Handwagen**
 zu verkaufen, Georg-
 Friedrichstr. 1, III. 1.

Felle!
 Kaufe fortwährend
 Kanin-, Hasen- u. Ziegen-
 felle zu höchsten Tages-
 preisen. 6641

Chr. Baier
 Karlsruhe, Herderstr. 72
 Tel. 3654.

Palast-Lichtspiele
 Herrenstr. 11 Telef. 2502

Ab heute
 Der große Doppel-Spielplan

**Eine ganz
 tolle
 Sache**

(Achtung-Lawine)

Ein Film von Liebe
 u. Sport in 6 Akten

Das Geschöpf
 Der Leidensweg eines armen Reichen in 6 Akten
 nach dem im Berliner Tageblatt erschienenen Roman
 „Das Geschöpf“ von Hermann Wagner
 Hauptdarsteller:
 Erich Kaiser Titz / Jilka Grüning
 Carl Falkenberg / Olga Engl
 Albert Pauly / Gertrud Welker usw.

Erstklassiges Beiprogramm
 Anfang der letzten Vorstellung pünktl. abds. 8.40 Uhr

Mietervereinigung Karlsruhe e. V.
 Mittwoch, 26. Januar 1927, abends 8 Uhr,
 findet im unteren Saale des „Stäffle Hotel“ unsere
 ordentliche
General-Versammlung
 statt. Tagesordnung:
 1. Bericht des Vorstandes, des Kassiers und Rebat-
 turs der Mieterzeitung über das abgelaufene
 Geschäftsjahr 1927
 2. Beratung etwaiger Anträge
 3. Neuwahl des Vorstandes und der Revisoren
 4. Vortrag von Herrn August Abele:
Mitglied und Ausbild für die Mieter.
 Der Vorstand.
 NB: Anträge müssen spätestens am 20. Januar
 1927 beim Vorsitzenden, Herrn Franz Kippman,
 Baumelsterstraße 32, Stb. 8. Et., eingereicht sein.

Während des
Inventur-Ausverkaufes
 vom 8. bis einschl. 17. Januar
 gewähren wir auf 1075
sämtliche Waren
 trotz unserer bekannt billigen Preise
10 % RABATT

M. Böckel
 Kurz-, Weiß-, Wollwaren, Leopoldstr. 23
 gegenüber der Diakonissenkirche

**Mode-
 zeitungen**
 von allen Verlegern
 liefert ins Haus

Volksbuchhandlung
 Karlsruhe
 Adlerstraße 43
 Telefon 3701

Dr. med. Liebmann
 Facharzt für Haut- und Harn-
 krankheiten
zurück
 Herrenstr. 18 Tel. 3073

COLOSSEUM
 Heute mittags 4 Uhr letzte Aufführung des
 Kindermärchens
Hänsel und Gretel
 mit den reizenden Liliputanern 1063

COLOSSEUM
 Täglich 8 Uhr, Sonntags 4 und 8 Uhr
 die grosse Revue 1019
Das Champagnergirl
 mit den reizenden Liliputanern.

verbürgt gewissenhafte Werk-
 mansarbeit.
AKTIENGESELLSCHAFT
MIX & GENEST
 Telefon- und Telegraphenwerke
 Bauabteilung Baden 6944
 Adresse:
 KARLSRUHE i. B., Moltkestraße 29, Tel. 719
 Telephonanlagen von zwei Apparaten an und
 Fernmeldeanlagen jeder Art in Kauf u. Miete.

Daniels Konfektionshaus
 Karlsruhe, Wilhelmstr. 36, 1. Et.
 Während des Inventur - Ausverkaufes
20% Rabatt
 auf Winter - Mäntel, Kostüme, Kleider etc.

Rote Hilfe Ortsgruppe
 Karlsruhe
 Donnerstag, 13. Januar, abends 8 Uhr
 „Apollo“, Marienstr. 16, spricht Frau
Max Hölz
 (des zu Unrecht verurteilten roten
 Kämpfers)
 Erworbl. u. Frauen 20 Pfg. / Vollarbeiter 40 Pfg.

Bettfedern aus erster Hand,
 gefüllt 90 % eig. Schilf 1.75, Polsterbäume
 2.75, 4. —, weißflaumig 4. —, best. 5. —,
 Dunne 7. —, weiß 8. —, b. 10. —, Schilfbäume 3.50 bis 5. —,
 Oberbett, Ia dicht Inlett 8 Wld. 12. —, 18. —, Kissen
 3 Wld. 3.50, 5.50, anw. gegen Nacht, Küster, Westf.
 frei, kein Risiko, Rückzahlung zurück, 100% Bettfedern-
 Spezialhaus Sackel & Stadler, Berlin C 59,
 Sandbergerstraße 43

Bucherer
 empfiehlt
Marinaden
 nur echte Marken aus frischen
 grünen Fischen hergestellt
 offen

Rollmops . . . 3 St. 27 -
Bismarckgeringe 3 St. 28 -
Bratheringe . . 3 St. 36 -

ferner in Literdosen
Rollmops 1 Liter-Dosen
**Bismarck-
 geringe 80**
Bratheringe
 in Literdosen

Bucherer
 in sämtlichen Filialen.

Nehmt Musikunterricht
 bei der Musiklehrerschule des Deutschen
 Musikerverbandes. Lehrerdrossen er-
 hältlich in den Musikalienhandlungen.

Ämliche Bekanntmachungen
Bürgerausschüßerversammlung
 Ich berufe die Mitglieder des Bürgerausschusses
 zu einer öffentlichen Versammlung auf
 Mittwoch, den 19. Jän. 1927, nachmittags 4 Uhr
 in den Bürgeraal des Rathauses. 545

Tagesordnung:
 1. Wenderung der städtischen Besoldungsordnung
 und der ergänzenden Bestimmungen über die Ruhe-
 und Hinterbliebenenversorgung städtischer Beamter
 (Nr. 44)
 2. Bekämpfung der Erwerbslosigkeit (Nr. 45)
 Karlsruhe, den 11. Januar 1927.
 Der Oberbürgermeister.

Kammer - Lichtspiele
 Kaiserstr. 168 Tel. 3053.
 Haltestelle Hirschstr.

Nur einige Tage!
 Der interessante Doppel-Spielplan:
Die Würflerin
 5 spannende Akte mit
Priscilla Dean

II. 1074
 Das selten schöne Filmwerk:
**Die vom
 andern Ufer**
 ein Spiel von Liebe und Leiden-
 schaft mit **Brano Kastner** u. a. m.

Dazu die neueste
Emelka-Wochenschau

Mietervereinig. K'ruhe (e. V.)
 Geschäftsstelle:
 (Mühlstr. 10, 1. Et.,
 Baumelster-
 str. 32, Stb. III)

Rastatter Anzeigen.
 Land- und forstwirtschaftliche
 Unfallversicherung Betr.
 Zweck: Aufstellung des Katasters für das Jahr
 1926 und Betriebsanstellungen, Betriebsbeschrän-
 kungen und Neubestimmungen mit event. Nebenbe-
 trieben innerhalb 8 Tagen auf dem Rathaus, Zim-
 mer 14, anzumelden.
 Rastatt, 8. Januar 1927.
 Das Bürgermeisteramt.
 Gößmann.

**Abg- und Brennholz-Versteigerungen des
 Forstamts Karlsruhe-Hardt.**

1. Am Dienstag, den 18. Januar 1927,
 mittags 12 Uhr, in der Hofe im Eggenstein aus
 Abt. IV, 11a, b, 12a, b (Südbücher 2. Hof, Barth-
 haus) Brennholz: 15 eich. 62 rotb. 43 (hain-
 buch. 480 foch. (Südbücher), 37 foch. Reisprügel.

2. Am Mittwoch, den 19. Januar 1927,
 morgens 9 Uhr, im „Keller“ in Blautensch aus
 Abt. II, 27, 30, 32 (Südbücher Zeit, Jägerhaus)
 650 Bohlenstücken, 514 Eter forl. Brennholz (Südbü-
 cher); 26 Reisprügel aus Abt. IV, 5a, 6 (Südbü-
 cher 2. Hof, Barthhaus) 9 Eter forl. Reisprügel u. 2 Eter
 Fortenrollen. 544

3. Am Donnerstag, den 20. Januar 1927,
 morgens 9 Uhr, im Schützenhaus bei Karlsruhe:
 Stammholz: 142 Eichen (30,05 im I., 28,29 im II.,
 40,69 im III., 40,27 im IV., 5,60 im V.), unter den
 Eichen befinden sich gute Fournierstücke; 19 Rot-
 buchen (0,98 im I., 6,51 im III, 3,95 im IV.);
 51 Hainbuchen (3,98 im III., 12,66 im IV., 8,70 im
 V.) 1 Buche III, 1 Nuteiche III, 1 Linde V,
 5 Kiefer IV. und V. 1 Pappel III, 1 Nuteich-
 baum IV., 1 Birke V. Kahlstein (vom 14. Januar
 1927 ab) und weitere Auktant durch das Forstamt.

Dungversteigerung
 im Städtischen Schlachthaus am Donnerstag, den
 18. Januar 1927, vormittags 1/2 12 Uhr.
 Rastatt, den 10. Januar 1927. 546
 Der Oberbürgermeister.
 Renner.

**Reichsbund der Kriegsbefähigten
 und Hinterbliebenen** Ortsgruppe
 Rastatt
 Am Sonntag, den 16. Januar 1927, 8. Jän.,
 nachm. 3 Uhr, findet in der „Einde“ die diesjährige
Generalversammlung
 statt, wozu wir unsere sämtlichen Mitglieder einladen.
 Im vollzähligen Erscheinen wird gebeten. 79
 Der Vorstand.

Arbeiter! Werdet für Euer Zeitung!